



Ressort: Mixed News

Fünf EU-Staaten fordern Steuer auf Energie-Übergewinne

Rom/Brüssel, 04.04.2026 [ENA]

Die hohen Kraftstoffpreise sorgen erneut für politischen Druck in Europa. Italien, Deutschland, Spanien, Portugal und Österreich fordern in einem Brief an Brüssel eine Steuer auf Übergewinne der Energieunternehmen, um Verbraucher und Wirtschaft vor weiteren Belastungen zu schützen.

Rom versucht, die Debatte auf die europäische Ebene zu verlagern. Gemeinsam mit Deutschland, Spanien, Portugal und Österreich fordert Italien von der Europäischen Union ein außerordentliches Eingreifen gegen die außergewöhnlich hohen Gewinne der Energiekonzerne, die während des jüngsten Preisanstiegs entstanden sind. Die Bitte wurde in einem gemeinsamen Brief der zuständigen Minister formuliert. Sie kommt zu einem heiklen Zeitpunkt, denn die neuen Preissteigerungen bei Kraftstoffen treffen erneut den Alltag der Bürger und verschärfen die Diskussion über die sozialen Folgen der Energiekrise.

Besonders ins Gewicht fällt der Dieselpreis, der inzwischen bei 2,13 Euro pro Liter liegt und sich damit für viele Verbraucher zu einer spürbaren Belastung entwickelt. Kurz vor den Osterfeiertagen wird der Tankstopp für Familien, Pendler und Transportunternehmen immer teurer. Genau deshalb drängen die fünf Staaten auf eine gemeinsame europäische Antwort. Nach ihrer Ansicht darf jedes Land nicht einzeln reagieren, sondern ein Teil der außergewöhnlichen Gewinne muss genutzt werden, um die wirtschaftlichen Folgen für die Bevölkerung abzufedern und neue Preiswellen einzudämmen.

Politisch ist der Vorstoß auch ein deutliches Signal. Die fünf Regierungen wollen die Preisentwicklung nicht nur kritisieren, sondern verlangen, dass Unternehmen, die von internationalen Spannungen profitieren, stärker zur Stabilisierung des Systems beitragen. Die Botschaft an die EU-Kommission ist eindeutig: Es braucht rasch eine sichtbare und koordinierte Reaktion. Ob Brüssel diesen Appell in konkrete Maßnahmen umsetzt, bleibt offen. Für Millionen Bürger ist die Belastung jedoch längst Realität – und sie zeigt sich jeden Tag direkt an der Zapfsäule.

[Bericht online lesen:](#)

https://schulz.en-a.de/mixed_news/fuenf_eu_staaten_fordern_steuer_auf_energie_bergewinne-93404/

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Francesco Pace

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.